

Sabah Alnasseri

Revolutionäre ernten die Früchte selten: Der 17. Bouazizi 2010

Für Mohamed Bouazizi

Ist der Islam der Motor, sind die so genannten islamischen Fundamentalisten das Subjekt der Geschichte im arabischen Raum? Man kommt sich fast idiotisch vor, diese Frage zu stellen, aber genau diese Absurdität prägte die Mehrzahl der akademischen und medialen Darstellungen und Analysen der politischen Verhältnisse in dieser Region bis zum 17. Dezember 2010.¹ Wie aus heiterem Himmel wurde an diesem Tag ein Paradigmenwechsel angekündigt. Nun erfahren wir, dass es dort Menschen gibt, die sich für demokratische Verhältnisse einsetzen. Dass dieselben Menschen seit langem kämpfen und dass viele ihr Leben im Kampf gegen die gleichen Regimes verloren, die von der neoliberalen Demokratie unterstützt wurden, kommt für viele als eine große Überraschung. Nicht nur die Menschen dort wurden von den Ereignissen überwältigt, sondern vor allem jene im Westen.

Eine Revolution kann nicht geplant werden. Explosive Momente, die Revolten und Revolutionen entzünden, sind sehr schwer vorherzusagen, eben weil sie sehr konkret sind, weil sich multiple Verschiebungen sozialer Verhältnisse in ihnen verdichten. Nicht die Proteste an sich sind neu, sondern ihre Verdichtung. Die Konzentration auf einige zentrale Forderungen kettete die Menschen aneinander. Natürlich gibt es erhebliche Unterschiede zwischen den jeweiligen Ländern; die kleinen, aber feinen Details sind entscheidend. Die Dialektik von Spontaneität und Organisation, die den revolutionären Prozess prägt, könnte bedeuten, dass nicht die populärsten, sondern die politisch am besten organisierten Kräfte die Oberhand gewinnen.

1 An diesem Tag fand der erste explosive Akt in einer Kette von Ereignissen statt, durch die ein neuer revolutionärer Kalender geschaffen wurde: Im Gedenken an Mohamed Bouazizi nenne ich den 17. Dezember den 17. Bouazizi.

Der revolutionäre Kalender: Freitag ist ein tragischer Tag für Diktatoren

Zunächst einmal ist eine chronologische Übersicht angebracht. Die TunesierInnen machten es vor, wie der populäre Wille einen Diktator vertreibt: Am 17. Dezember 2010 um 11:30 Uhr hat der junge Tunesier Mohamed Bouazizi aus der kleinen Stadt Sidi Bouzid sich selbst geopfert, nachdem die Polizei seinen Gemütestand beschlagnahmte, ihm ins Gesicht spuckte, ihn öffentlich beschimpfte und beleidigte. Gedemütigt und niedergeschlagen ging Bouazizi, der Ernährer einer achtköpfigen Familie, in der Hoffnung zur Präfektur, dass die Beamten ihm helfen würden, aber diese weigerten sich, seine Beschwerde anzuhören. Eine Stunde später kehrte Bouazizi zur Präfektur zurück, überschüttete sich mit Benzin und setzte sich selbst und die gesamte Region in Brand. Ein spontaner Aufstand in Solidarität mit ihm begann in seiner Stadt, von dort breiteten sich die Unruhen auf andere periphere Städte und Dörfer aus, bevor sie die Hauptstadt zwei Wochen nach dem Vorfall erreichten. Am Freitag, dem 14. Januar 2011 floh der tunesische Präsident Zine el-Abidine Ben Ali nach Saudi-Arabien. Mindestens 200 Menschen wurden während der Unruhen getötet. Am 5. Januar fingen die Proteste in Algerien an, am 7. Januar in Jordanien.

Am 23. Januar 2011 trat die pro-amerikanische Regierung al-Hariri im Libanon zurück. Am gleichen Tag veröffentlichte al-Jazeera die „Palästina-Papiere“, interne diplomatische Dokumente der israelisch-palästinensischen Verhandlungen im Zeitraum 1999-2010, die die Mitschuld der Fatah um Abbas an der von Israel zu verantwortenden Misere in den besetzten Gebieten deutlich machten. Daraufhin trat zunächst der Chef des palästinensischen Verhandlungsteams Erekat zurück, und am 14. Februar das gesamte Kabinett der Palästinensischen Autonomiebehörde im Westjordanland.

Am 25. Januar versammelten sich Hunderttausende auf dem Tahrir-Platz in Kairo und verlangten radikale Reformen. Nach wochenlangen Massenprotesten und Angriffen auf Demonstranten, bei denen mindestens 800 Menschen umgebracht wurden, trat der ägyptische Präsident Hosni Mubarak am Freitag, dem 11. Februar zurück. Die Unruhen in Libyen, die Mitte Januar begannen, eskalierten in einen Bürgerkrieg mit Tausenden Toten und in einer Intervention der NATO. In der dritten Januarwoche begannen die Proteste im Jemen, am 28. Januar in Saudi-Arabien, am 30. Januar im Sudan. Im Jemen wurden Hunderte Demonstranten durch Anhänger und Sicherheitskräfte des seit 1978 regierenden Präsidenten Salih erschossen. Am 14. Februar starteten die Protestmärsche in Bahrain, die dort zu einer militärischen Intervention des Golf-Kooperationsrats und vor allem Saudi-Arabiens führten. Vom 18. Februar an fanden Proteste im Irak und in Oman statt; am 15. März begannen Proteste in Syrien. In all diesen

Ereignissen haben die Menschen einen revolutionären Kalender eingeführt: Tage der Empörung, der Märtyrer, der Siege usw.

Zunächst dachte keineR der TeilnehmerInnen daran, dass dies eine revolutionäre Situation sei. Sie dachten, wenn sie eine große Anzahl von Menschen mobilisieren könnten, dann wäre dies an sich ein großer Erfolg. Als Zehntausende und Hunderttausende marschierten, übertraf dies alle Erwartungen. Erst bei diesem Anblick haben die Menschen ihre Angst und Desorganisation überwunden (vgl. Bamyeh 2011). Aber vor allem eskalierten die Regimes diese Augenblicke zur Unkontrollierbarkeit. Die Arroganz der Macht, Brutalität und Gewalt verwandelten die turbulenten Momente in einen explosiven Zündstoff. Was als ein Tag der Wut startete, endete in einer Revolution (Abd El Fatah 2011).

Bei all diesen Ereignissen reagierten alle Regierungen auf vorhersehbare Weise. Sie haben sich als unglaublich inkompetent erwiesen. Alle Präsidenten haben am Anfang, als ihre Machtposition erschüttert wurde, angekündigt, dass sie weder für weitere Präsidentschaftswahlen kandidieren oder ihre Amtszeit verlängern noch die Macht an Familienmitglieder übergeben würden. Sie versprachen Reformen, steigende Subventionen, die Schaffung von Arbeitsplätzen usw. Dann aber griffen sie in ihrer Verzweiflung zu Gewalt und Mord oder militärischer Intervention (Bahrain), bevor sie wie heiße Kartoffeln von ihren eigenen Komplizen fallengelassen wurden. Es war überall das gleiche Muster der Reaktionen, das gleiche Szenario des Sturzes.

Was ist so dramatisch schiefgelaufen bei der Organisation der Staatsmacht als Klassenmacht? Die Erklärung dieser vielfältigen und komplexen Ereignisse stellt ein Forschungsprogramm dar, das hier in seiner Gesamtheit nicht bearbeitet werden kann. Obwohl die theoretischen Annahmen für alle Fallstudien gültig sind, möchte ich mich hier auf die zwei Fälle bisher erfolgreicher Proteste (mehr auf Ägypten als auf Tunesien) konzentrieren.

Hypothesen

1. Der plötzliche und schnelle Zusammenbruch der Regimes ist der strukturellen Schwäche der Staaten zu verdanken: der Schwächung der Zivilgesellschaft durch Unterdrückung, der Einhegung des öffentlichen Raums und des politischen Feldes. Daher geht der Konflikt sofort über den Mechanismus der Repräsentation im engeren Sinne (Parteien, Parlament, staatliche Medien etc.) hinaus und durchzieht die ganzen Staatsapparate, mit der Folge einer relativen Verselbständigung der Bürokratie, der Armee und der höheren Ränge des Kapitals.

2. Die Staats- und Parteieliten waren nicht bereit und fähig, mit notwendigen Reformen auf sich verändernde sozioökonomische Realitäten zu reagieren: Konkurrierende nationale und internationale Kräfte des wirtschaftlichen Wandels

wurden in ihren Operationen eingeschränkt. Ihr Zugang zu den staatlichen Entscheidungsgremien wurde beschränkt und ihr Eigentum wurde unsicher, mit anderen Worten, diese Kräfte wurden im Machtblock marginalisiert. Die Krise der regierenden Parteien bedeutet gleichzeitig eine ökonomische Krise der Kompradorenfraktion des Kapitals, die den Frontalangriff der Massen auf die Regimes erleichterte, indem sie konkurrierende kapitalistische Fraktionen auf die Seite der populären Klassen brachte.

3. Die regierenden Parteien haben ihre eigenen, die Staatsmacht unterstützen den Stellen durch den Putsch der Parteiwirtschaftseliten gegen lokale und regionale Eliten der Partei, Funktionäre, Technokraten und die Armee zerstört.

4. Die Eskalation der Konflikte ist von den Regimes selbst verschuldet: Der Stellungskrieg innerhalb der Zivilgesellschaft verwandelt sich wegen politischer Fehler und Fehleinschätzungen der regierenden Eliten in einen politischen Bewegungskrieg. Der exzessive Gebrauch von Gewalt erzeugt gegenläufige Wirkungen wegen der Risse, Konflikte und Widersprüche in und zwischen den Sicherheitsapparaten des Staates.

5. Die Oppositionsparteien waren zum Schatten ihrer selbst geworden, Mummien, die nicht fähig waren, sich an neue Situationen und Kräfteverhältnisse anzupassen; somit hatten sie sich in starre, vom Staat abhängige Bürokratien verwandelt. Ihre jeweilige soziale Basis war allerdings noch mit den populären Klassen verbunden, was ihnen eine relative Autonomie in ihrem Handeln gegenüber dem Regime verlieh. Die Oppositionsparteien wurden von ihren jeweiligen Klassen, Klassenfraktionen und anderen sozialen Gruppen verlassen. Politische Neulinge oder weniger bekannte Kräfte ergriffen die Initiative für den Wandel in dieser Konfliktsituation.

These: Um die gegenwärtige Lage zu verstehen, gilt es, die Existenzbedingungen der Staatsmacht zu begreifen: neoliberale Umstrukturierung, Restrukturierung von Klassen, Umbildung in der regierenden Staatspartei, imperialistische Einbettung des Staates, brutale Desorganisation, Gewichtsverlagerung unter den Staatsapparaten. Diese Entwicklungen schufen neue Widersprüche, Interessengegensätze und Konflikte, die durch den vermehrten Widerstand einerseits und die internationalen und regionalen Verschiebungen (geostrategische Schwäche der USA und ihrer Verbündeten in der Region, wirtschaftliche Krise, politische Fehler der Staatsparteien, Entfremdung von Teilen der herrschenden Klassen und der Staatsakteure) andererseits ausgebrochen sind.

In Zeiten globaler und nationaler Krisen und angesichts einer kaum vorhandenen sozialistischen Organisation der populären Klassen im arabischen Raum fördern Fraktionen der herrschenden Klassen und bestimmte Kräfte in den Staatsapparaten mit der Unterstützung internationaler Kräfte Initiativen politische Veränderungen. Dabei appellieren sie an die populären Klassen, die seit

langem multiple Widerstandsformen ohne Erfolg erproben, den Kampf dieser Fraktionen gegen andere dominante Fraktionen im Machtblock zu unterstützen. Das wahrscheinlichste Ergebnis wird ein Modell sein, das ähnliche Züge wie das jetzige Entwicklungsmodell in der Türkei aufweist.

Alle aufgelisteten Variablen sind notwendig und reichen jeweils einzeln nicht, um die zündenden Momente zu erklären. Nur die Berücksichtigung von Widersprüchen und Konflikten zwischen Fraktionen der herrschenden Klassen, Rissen innerhalb der regierenden Partei und des Staatsapparats, Initiativen der populären Klassen, der globalen Wirtschaftskrise und der Schwächung der geostrategischen Position der USA und mit ihr der dominanten Position der regionalen Mächte versetzt uns in die Lage, die Ereignisse zu erklären, nur so können wir die hinreichende Verdichtung der Widersprüche in der Zeit erkennen.

Begriffsklärung

Die klassischen bürgerlichen Revolutionen strebten ebenso wie die antikolonialen und antiimperialistischen Revolutionen nach der Formierung des Nationalstaates und der nationalen Bourgeoisie. Es ist problematisch, die aktuellen Ereignisse an dem klassischen Revolutionsmodell zu messen. Der gramscianische Begriff der passiven Revolution, der die Initiative der herrschenden Klasse und ihrer politischen Vertreter mit Hilfe des Staates bezeichnet, ist ebenso problematisch.

Was die Proteste in Tunesien und Ägypten von Demokratiebewegungen in Lateinamerika in den 1980er Jahren, in Osteuropa in den 1990er Jahren, von den jüngsten Demokratiebewegungen in Georgien und der Ukraine unterscheidet, ist, dass sie weder vom Westen unterstützt wurden noch eine führende Partei oder eine charismatische Persönlichkeit aufweisen, die dann die alte korrupte Konstellation in neuen Formen reproduzieren. Darüber hinaus unterscheiden sich die aktuellen Protestbewegungen von den alten antikolonialen, nationalen Bewegungen darin, dass letztere avantgardistische Cliques an die Macht brachten, die genauso autoritär und korrupt wie die kolonialen Regime endeten. Aber was diese neuen Proteste gegen die chauvinistische Haltung der Herrschenden und des Imperialismus vor allem zeigen, ist, dass die Rationalität der populären Klassen demokratischer ist als die nationalistische und imperialistische Rationalität der Ordnung und Stabilität. Die Protestierenden haben sich nicht nur friedlich, demokratisch und vereint in ihrem Willen und Handeln gezeigt, sie haben auch gezeigt, dass alle Vorurteile über die populären Klassen, diese seien nicht in der Lage, sich zu organisieren, und bräuchten stets eine elitäre Führung, absurd sind.

Wie sollen wir nun die aktuelle Situation bezeichnen? Angesichts der imperialistischen Krise, der Konflikte unter den Fraktionen der herrschenden Klassen,

der Initiativen der Volksmassen und der Unterstützung von einigen staatlichen Apparaten und Akteuren, der Kettenreaktion in der gesamten Region und der Beschwörung von sozialen und politischen Fragen schlage ich den Begriff *revolutionäre Situation* vor.

Die Krise: Revolutionäre Situation

Armut, Arbeitslosigkeit, Marginalisierung, die Wirtschaftskrise, die steigenden Nahrungsmittel- und Energiepreise, die Kämpfe der Arbeiter und des Kleinbürgertums sind notwendige, aber nicht hinreichende Variablen, um die revolutionäre Situation zu erklären.

Die Krisensituation, die durch globale wirtschaftliche Turbulenzen und politisch-militärische wie geostrategische Einwirkungen beschleunigt (aber eben nicht verursacht) wurde, beinhaltet eine Spaltung innerhalb der Staatsapparate und Konflikte unter den Fraktionen der herrschenden Klassen im Machtblock, die in eine Krise des Staates einmündeten. Die Krise erlaubt die Entstehung einer dualen Machtstruktur und die Möglichkeit der Eroberung der Staatsmacht. Die Krise tritt auf, weil der Staat die gleichen Kräfte und Institutionen, auf denen seine Macht beruhte, längst zerstört hatte.

Drei entscheidende, sich gegenseitig determinierende Momente erklären die Eskalation der Konflikte und explizieren, was unter der Oberfläche kochte: Risse innerhalb der regierenden Parteien, Spaltungen innerhalb der Sicherheitsapparate und Konflikte unter den Fraktionen der herrschenden Klassen. Wenn sich die Konflikte im ersten Fall, in Tunesien, in hohem Tempo aufgrund mangelnder Verteidigungsgräben des Staates, die durch das Regime selbst zerstört worden waren, entfalteten, so setzte die Flucht Ben Alis nach Saudi-Arabien nach dem gescheiterten Versuch der gewaltsamen Eindämmung der Proteste Mubaraks Regime unter enormen Druck, nicht wie gewohnt, nämlich vorbeugend und gewaltsam zu handeln, um genau den Zusammenbruch zu verhindern. Dies entpuppte sich als tödlicher Fehler, der die Proteste der Kontrolle des Regimes entzog und den Raum für die freie Entfaltung der latenten Widersprüche öffnete. Sonst kann nicht erklärt werden, warum der Staat nicht rechtzeitig handelte, obwohl er genug Zeit und Kenntnisse von der Planung des Protesttags am 25. Januar 2011 hatte. Am 6. April 2008 waren sowohl der Streik in den Fabriken als auch die *Facebook*-Initiative in der Phase der Planung stecken geblieben, nachdem der Staat mit aller Härte gegen die Initiatoren vorgegangen war. Mit anderen Worten, selbst entscheidende strukturelle wie institutionelle Momente waren nicht hinreichend für einen politischen Umbruch: erst durch politische Fehler seitens des Staates konnte das Mögliche wirklich werden.

Der Komplexität wegen

Wir müssen im allgemeinen differenzieren zwischen den Formen der Organisation und Führung, der Art der Forderungen, der geostrategischen und geopolitischen Positionierung und Relevanz und nicht zuletzt den Mitteln der Proteste und des Widerstands.

Formen der Organisation und Führung: Offensichtliche Schwächen waren der Mangel an Führung und rudimentäre Formen der Organisation. Abgesehen von sozialen Netzwerknern und Teilen der Gewerkschaften gab es kein effektives Organisationsgerüst der popularen Klassen. Alte Formen der Organisation und Führung sind jedoch unter den gegenwärtigen Bedingungen wenig hilfreich. Es mangelt an *neuen* Formen (obwohl es embryonale Versuche gibt), die der gegenwärtigen Situation entsprechen: Es gibt keinen neuen Typ der Partei, der Gewerkschaft oder der popularen Komitees etc. Die herrschenden Klassen und Staatskräfte sind dagegen wirksamer organisiert, haben disziplinierte Truppen und eine kohärente Führung und sind damit besser ausgerüstet, künftige Initiativen zu ergreifen.

Art der Forderungen: Obwohl die soziale Frage noch nie so brisant war, wurde sie kaum artikuliert; die Forderungen waren strikt politisch-moralisch: liberale Demokratie, bürgerliche Freiheitsrechte, Rechtsstaatlichkeit und das Ende der Korruption. Dies stellt bei der Abwesenheit effektiver Organisationsformen der popularen Klassen die Grenze dessen dar, was gesellschaftspolitisch verwirklichtbar ist. In diesem Sinne ist die historische Kontingenz der Kämpfe hervorzuheben: Liberal-demokratische Forderungen sind möglich, weil historisch notwendig und somit, d.h. verglichen (aber eben nur im Vergleich) mit dem Status quo ante, stellen sie eine Errungenschaft dar.

Geostrategische und geopolitische Relevanz: Die Wahrscheinlichkeit und Möglichkeit des tunesischen Falls ergab sich u.a. aus dem marginalen Status des Landes in geostrategischer und geopolitischer Hinsicht: Tunesien war weniger relevant im Kontext imperialistischer Intervention in der Region, das Land verfügte nicht über wichtige Rohstoffe und spielte kaum eine Rolle im Israel-Palästina-Konflikt. Selbst seine Rolle im imperialistischen Krieg gegen den so genannten globalen Terror war zweitrangig. Tunesien war das schwächste Glied der zerbrechlichen Kette. Alle darauffolgenden Revolten spielen sich in relevanteren Kontexten ab. Daher können sie sich auch weniger „frei“ entfalten.

Formen und Mittel der Proteste und des Widerstands: Weniger die Gewaltlosigkeit (abgesehen von Libyen) und die klassischen Formen der Proteste wie Streiks, Sitzblockaden, Demonstrationen, Sabotage etc. waren es, die die neuen Proteste charakterisieren. Während der letzten Jahre lernten AktivistInnen, wie neue Formen der Kritik zu entwickeln und wie die nicht-monopolisierten Techniken der neuen Medien zu nutzen sind. Vor allem erwies sich die politisch-ideologische Verschie-

bung von regionalen und internationalen Ereignissen und Zusammenhängen als entscheidend für die Mobilisierung gegen die nationalen Regimes: die Verschiebung der Frage der von den Regimes verschwörungslegitimatorisch instrumentalisierten militärischen Interventionen in der Region, des Gazakriegs und der Gazablockade, der Irakbesetzung und der sicherheitspolitischen Zusammenarbeit dieser Regimes mit NATO-Staaten unter der Schirmherrschaft der USA. Seit der Intifada im September 2000 in den Besetzten Gebieten haben die Protestbewegungen all diese Fragen zu einer Frage des internen Regimewechsels verschoben.

Nun möchte ich einige öffentlich propagierte Behauptungen in Frage stellen:

Erstens die Behauptung, es handele sich um eine Jugendrevolte: Sie ist nicht sonderlich aufklärend, weil Jugendliche die absolute Mehrheit in der Bevölkerung der Region sind und weil alle Revolten und Revolutionen in ihrer Mehrheit von Jugendlichen getragen wurden.

Zweitens die Behauptung, es handele sich um eine *Facebook*-Revolution, eine Revolution der sozialen Netzwerke: Dies sagt nicht viel aus, da alle großen Ereignisse von der Nutzung bestimmter Kommunikationsmittel begleitet wurden. Es wäre absurd, die islamische Revolution im Iran 1979 als eine Kassettenrevolution zu bezeichnen, nur weil die Mullahs dieses Mittel genutzt haben, um ihre Botschaften zu verbreiten: alle Mittel der Kommunikation haben ihren eigenen Gebrauchswert, ihr eigenes subversives Potential.

Drittens die Behauptung, die Revolten seien eine unmittelbare Folge der jüngsten Weltwirtschaftskrise: Trotz der Verbindungen, die in der Tat zwischen der globalen Krise und den Aufständen bestehen, ist es verkürzt, zu behaupten, dass die globale Wirtschaftskrise unmittelbar die Ursache der revolutionären Ereignisse sei, weil dies alle möglichen Vermittlungen, ungleichmäßige und ungleichzeitige Entwicklungen und Verzögerungen sowie die Rolle der Menschen, die ihre eigene Geschichte machen, schlichtweg verneint und ignoriert.

Was schließlich die Verschwörungstheorie angeht, dass die USA hinter all diesen Ereignissen stecken, so kann ich nur sagen, falls dies immer noch nicht klar ist: Es gibt Geschichten jenseits der Reichweite des Empire.

Der arabische, neoliberale Staat: Notstandsstaaten und autoritärer Korporatismus

Der arabische Staat – ob republikanisch oder monarchistisch – operiert durch Notstandsgesetze. Der Notstand wurde zum normalen Betrieb des Staates, die Ausnahme zur Regel. Was sind seine Schwächen, die in einem explosiven Moment zu seinem Bröckeln und Zusammenbrechen führen?

Die Präsidenten nehmen Verfassungsänderungen in einer quasi absolut monarchistischen Weise vor. Die Notstandsgesetze schränkten alle Freiheits- und sozialen Rechte ein. In allen Staaten (ob republikanisch oder monarchistisch) spielt die Legislative eine beratende, untergeordnete oder gar keine Rolle. In allen sind Oppositionsparteien nicht geduldet oder haben eine legitimierende Funktion. In allen spielt das Rechtssystem eine periphere oder apologetische Rolle. Alle Machthaber stehen über der Verfassung bzw. der Machterhalt diktiert Verfassungsänderungen. Alle Machthaber haben in den letzten Jahren Verfassungsreformen erzwungen, wonach mehr Macht in der Hand der Exekutive bzw. des Machthabers konzentriert wird und die Amtsperiode des letzteren bzw. seiner Erben ad infinitum niedergeschrieben wurde. Alle Regierungen werden von den Machthabern ernannt und abgesetzt. Gewaltenteilung entpuppt sich mehr als Gewalt und weniger als Teilung. Parlamente haben in der Regel eine Stempelfunktion für die Entscheidungen der Exekutive. Der Präsident kann in den meisten Bereichen durch Verordnungen und Dekrete regieren. Die Folgen dieser Machtkonzentration und der rechtlich-politischen Grauzonen waren Entgrenzungen von Partei, Regierung und Staatsapparat.

Die regierenden Parteien wurden von „strategischen Gruppen“ in den diversen Staatsapparaten, in den wirtschaftlichen und ideologischen Instanzen getragen und bildeten so ein labiles Gleichgewicht der politischen Kräfte. Die regierende Partei spielte mit den besonderen Interessen der herrschenden Klassenfraktionen und verstärkte so deren klasseninterne Konflikte. Dies half der Partielite dabei, enormen Reichtum anzuhäufen und die unangefochtene politische Macht der Partei zu zementieren. Die Durchdringung von Kapital und Staat ist weniger eine institutionelle Anomalie, sondern struktureller Natur: sie ist Ausdruck der neoliberalen ursprünglichen Akkumulation, der Anhäufung von unproduktivem Reichtum, der Formation von Kompradorenklassen, der organisierten Kriminalität der Machteliten.

Zunächst versammelten sich alle Fraktionen der herrschenden Klassen um die regierenden Parteien, die ihre Interessen am besten vertraten. Durch paternalistisch-klientelistische und autoritär-korporatistische Mechanismen wurden die regierenden Parteien in die Lage versetzt, den Zugang für bestimmte wirtschaftliche Kräfte zu erleichtern und den populären Klassen, aber auch Teilen der herrschenden Klassen die Teilnahme an den Prozessen der Entscheidungsfindung des Staates zu erschweren: institutionelle Selektivität des Staates.

Die besonderen Interessen verschärfen den Wettbewerb zwischen und in den Fraktionen der herrschenden Klassen über den Zugang zu höheren Rängen der regierenden Partei und der zivil-militärischen Bürokratie durch wirtschaftliche Zugeständnisse und politische Loyalität. Klientelismus ist ein strukturelles Merkmal des Systems und stellt keine kulturelle Abartigkeit dar. Er ist der institutionalisierte Mechanismus des Austauschs und der Artikulation von Klasseninteressen,

der das Fehlen eines pluralistischen Modus der öffentlichen Auseinandersetzungen und die Irrelevanz der legalisierten Oppositionsparteien erklärt. Gewalt ist ein Merkmal dieses Systems, sie ist strukturell und nicht willkürlich.

Der Machtkampf der Kapitalfraktionen

Nicht alle Kapitalfraktionen wurden in den letzten turbulenten Jahren in die Entscheidungsgremien integriert und durch die regierenden Parteien und Präsidentenfamilien gefördert. Diejenigen Fraktionen, die eine kritische Distanz zu den regierenden Parteien aus Angst vor dem langen Arm des Regimes in Bezug auf ihr Eigentum hielten, verbündeten sich lieber mit internationalen Kapitalfraktionen. Aber auch diejenigen Kapitalfraktionen, die aus Angst um ihre nationalen Marktanteile ihre Investitionen vor dem aggressiven, internationalen Wettbewerb und der Kompradorenfraktion schützen wollten, entwickelten eine kritische und misstrauische Haltung gegenüber dem Regime. Die „innere Bourgeoisie“ (Poulantzas) und die *neo-nationale* Bourgeoisie stellten sich auf die Seite der Protestierenden. Wenn wir einen Blick auf die jeweiligen Länder werfen, so finden wir genügend Beispiele dieser *Dissidenten*. Genau diese Fraktionen des Kapitals setzen sich für liberale politische und wirtschaftliche Verhältnisse und insbesondere für den Schutz des Privateigentums ein. Die Eliten dieser Fraktionen spielten eine nicht unwichtige Rolle in den letzten Jahren und in den aktuellen Ereignissen als Sponsoren des politischen Wandels. Da ich hier nicht im Detail auf diese Frage eingehen kann, werde ich kurz relevante Beispiele dieser Fraktionen im Vergleich zu Mitgliedern der Kompradorenfraktion beschreiben.

Eine neue politische und wirtschaftliche Fraktion wurde unter Ben Ali und seiner Partei sowie unter Mubarak und seinem Sohn Gamal geschaffen, eine Klassenfraktion von Eigentümern der privatisierten Unternehmungen des ehemals öffentlichen Sektors. Diese wurden weit unter dem Marktwert an loyale Eliten und Partei- oder Familienfreunde verkauft. Sie erhielten außerdem günstige Bankdarlehen, massive Steuererleichterungen und große Landstriche, um ihre Loyalität zu sichern. Im Gegenzug haben sich die regierende Nationaldemokratische Partei (NDP) von Mubarak sowie das *Rassemblement constitutionnel démocratique* (RCD) von Ben Ali zunehmend auf die neuen Wirtschaftseliten als Basis für finanzielle und politische Unterstützung verlassen.

Das Beispiel Ägypten ist lehrreich in dieser Hinsicht. Als Ergebnis dieser Entwicklung wurden 2005 20% der Sitze der Volksversammlung, des Unterhauses des ägyptischen Parlaments, von befreundeten Geschäftsleuten besetzt. Darüber hinaus bekleideten diese leitende Positionen in der regierenden Partei und vor allem in ihrem politischen Komitee um Mubaraks Sohn Gamal. So forcierte der ägyptische

Geschäftsmann Raschid Mohammed Raschid als Handels- und Industrieminister ab 2004 die Öffnung Ägyptens für den internationalen Handel und ausländische Direktinvestitionen. Er führte auch eine neue Form von öffentlich-privaten Partnerschaften in Ägypten ein, eine neoliberale Governancestruktur, die Mitglieder des privaten Sektors in die Regierungspolitik, in den Entscheidungsgremien und den Entscheidungsfindungsprozessen einbezog. Ahmed Ezz, ein weiteres prominentes NDP-Mitglied, ist Besitzer von Al Ezz Industries, einem der größten Stahl- und Keramikhersteller im Nahen Osten und in Nordafrika. Zugleich war er Vorsitzender des Haushaltsausschusses der ägyptischen Volksversammlung. Durch seine Bindungen zur Mubarakfamilie erhielt er mehr als 60% des Marktanteils der Stahlindustrie in Ägypten. Des Weiteren sicherte er sich Aufträge in öffentlich-privaten Bauvorhaben. Hischam Talaat Mustafa, ehemaliges Mitglied des ägyptischen Parlaments und Eigentümer eines der größten ägyptischen Unternehmen, kaufte weite Landstriche, um Siedlungen für gehobene Schichten und für Touristen bauen zu lassen. Politische Verbindungen sicherten ihm nicht nur den Zugriff auf die Ländereien, sondern auch die bevorzugte Behandlung bei der Anbindung seiner Siedlungen an das Straßennetz und die Versorgungsinfrastruktur.

Gegen diese Kompradorenfraktion traten andere auf, die sich für liberale politische und wirtschaftliche Verhältnisse einsetzten. Naguib Sawiris z.B. ist einer der einflussreichsten Kapitalisten in Ägypten dank seines rasch expandierenden Telekom-Imperiums mit der Unternehmensgruppe Orascom (sie umfasst Eisenbahnen, Badeorte, Autobahnen, TK-Anlagen, Windparks, Eigentumswohnungen und Hotels), dem Mobilfunkanbieter Mobinil und der Investmentgesellschaft Wind (Amar 2011b). Orascom ist der größte private Arbeitgeber und das größte ägyptische Unternehmen nach Marktkapitalisierung an den Börsen in Kairo und Alexandria. Es begann unter Sadat und expandierte unter Mubarak. Sawiris ist ein liberaler Nationalist, der die linksliberale Zeitung *al-Masry al-Youm* und das Satelliten-TV-Netz OTV ins Leben gerufen hat, die auf ägyptische Jugendliche abzielten. Die sozialen Netzwerker des neuen Kleinbürgertums sind die Truppe von Sawiris. Orascom betreibt GSM-Netze in sieben verschiedenen Ländern im Nahen Osten, in Afrika und in Indien und bietet einer Reihe von Internet Service Providern und Satelliten-Betreibern Dienste an. Sawiris ist auch einer der wichtigsten Finanziers in der arabischen Welt und im Mittelmeerraum. Im vergangenen Jahrzehnt wurden Sawiris und seine Verbündeten von Gamal Mubaraks extremem Neoliberalismus und seiner Begünstigung der ausländischen Investoren gegenüber nationalen Unternehmen bedroht. Weil ihre Investitionen sich mit denen des Militärs überschneiden, haben Sawiris und seine Verbündeten ein starkes Interesse an der Ausbeutung der Landesressourcen sowie an nationalen und regionalen Marktanteilen.

Sawiris schloß sich im Januar 2011 den Demonstranten an und forderte die Absetzung von Mubarak. Als Reaktion auf das politische Vakuum hat sich auf seine

Initiative hin am 4. Februar 2011 der „Rat der Weisen“ gebildet. Er umfasst u.a. Amr Moussa, den Generalsekretär der Arabischen Liga, und Sawiris selbst, der zunächst Omar Suleiman als Leiter einer Übergangsregierung empfahl. Sawiris gründete am 3. April 2011 die Partei „Die freien Ägypter“, die sich für bürgerliche Rechte, Rechtsstaatlichkeit, Gleichheit und freie Marktwirtschaft einsetzt.

Gamal Mubarak trat im Februar 2011 als Leiter des politischen Komitees der NDP zurück. An seine Stelle trat Hosam Badrawy, der auch der neue Generalsekretär der Partei wurde. Badrawy war der Mann, der 1989 in Ägypten die erste private Gesundheitsversorgung HMO gründete (ebd.). Allen Ägyptern war bis dahin der Zugang zur kostenlos-universellen Gesundheitsversorgung verfassungsrechtlich garantiert. Doch Mubarak kürzte im Rahmen der Strukturanpassungsprogramme des IWF drastisch die öffentliche Gesundheitsvorsorge. Badrawy setzte die Privatisierung des Gesundheitswesens um. Doch da die Gesundheitsindustrie in den letzten Jahren durch den globalen Wettbewerb bedroht war, wollte Badrawy sie vor diesem Wettbewerb und somit sein Kapital schützen, in dem er nationalistische wie paternalistische Argumente ins Spiel brachte. Doch Gamal Mubarak, der als Förderer ausländischer Investitionen fungierte, sah eine Bedrohung in Badrawy und schob diesen parteiintern zur Seite. Die Entstehung einer Koalition neo-nationaler Akteure im Bündnis mit dem Militär begünstigte den Widerstand gegen die Vetternwirtschaft um Hosni Mubarak und seinen Sohn Gamal. Und so ermöglichte die Revolution das Comeback des liberalen Badrawy.

Der Sicherheitsapparat: Die Armee und die Milizen der Exekutive

Die dominante ideologische Erzählung in der Region, wonach die Armee neutral sei, stellt an sich einen Indikator der Verkennung der realen Machtverhältnisse dar. Die Armeen haben ihre eigenen Interessen und ihre Eliten sind einer der wichtigsten Profiteure der Regimes seit der neoliberalen Umstrukturierungsoffensive (vgl. Amar 2011a). Die Armee ist zu sehr in die Geopolitik der globalen und regionalen Mächte eingebettet. Dennoch gibt es erhebliche Unterschiede unter den Armeen und bezüglich ihrer Stellung in den jeweiligen Staaten.

In Tunesien hat die Armee kaum eine Rolle in der Unabhängigkeitsbewegung oder in der frühen Staatsbildung *gespielt*. *Das Militär erhält* weniger staatliche Mittel als in Ägypten, spielte kaum eine Rolle in der Sicherheitspolitik und eine periphere im Machtblock. Dies erklärt u.a. auch, warum es sich weigerte, auf die Demonstranten zu schießen, und sich auf deren Seite stellte. Anders in Ägypten, Algerien, Syrien und im Irak.

In Ägypten führt die Armee eine Vielzahl von Unternehmen – Hotels, Baufirmen, Fabriken – ein Portfolio, das der Armee die Kontrolle über einen wichtigen

Teil der ägyptischen Wirtschaft verleiht (vgl. ebd.). Das bedeutet Milliarden an jährlichen Einnahmen, eine wirtschaftliche Basis, die einige hochrangige Mitglieder der Armee in die Reihen der Finanzelite katapultiert hat. Im Laufe der Jahre hat die Armee ihre wirtschaftliche Macht ausgebaut, u.a. durch den Bau von Straßen und Flughäfen sowie in der Lebensmittelindustrie. Dies hat zu Reibungen mit Teilen der Business-Eliten geführt, deren politische Macht in der regierenden Partei wuchs. Das Militär sicherte sich lukrative Aufträge auf Kosten jener Eliten. Nach einer relativ kurzen Karriere in der Armee sind hochrangige Offiziere mit solchen Vergünstigungen wie hochdotierten Positionen in den Verwaltungsräten von Unternehmen und Einkaufszentren belohnt worden. Einige öffentliche Unternehmungen sind im Rahmen der Strukturanpassungsprogramme des IWF auf den militärischen Bereich übertragen worden. Die Generäle erhalten auch Privilegien im privaten Sektor. Die Militärausgaben selbst sowie die amerikanische Militärhilfe waren für Mittelmänner ebenfalls lukrativ.

Anfang der 1990er Jahre fand eine wichtige Verschiebung innerhalb der Sicherheitsapparate statt. Die Armee wurde numerisch durch die Kräfte der inneren Sicherheit, die seit den 1990er Jahren zu einem riesigen Apparat mit Millionen Menschen angewachsen waren, überholt. Mit der Gewichtsverschiebung vom Verteidigungs- zum Innenministerium und von der Armee zur Polizei wurde diese folglich zur Miliz der Exekutive. Ein großes Budget, das nicht Gegenstand parlamentarischer Kontrolle war, erlaubte der Polizei die Unterdrückung und Einschüchterung jeglicher Opposition. Das Verhältnis der Sicherheitsausgaben zum BIP ist seit den 1990er Jahren gestiegen. Im Jahr 2009 beschäftigte das ägyptische Innenministerium 1,7 Millionen Mitarbeiter. Mit dieser Erweiterung hat die Polizei wichtige politische Funktionen übernommen.

Während der aktuellen Ereignisse spielte das ägyptische Militär eine entscheidende Rolle. Es war um Stabilität besorgt und stellte sich gegen das politische Diktat der protestierenden Massen. Es war aber auch entschlossen, seine öffentlich-ideologische Glaubwürdigkeit und seine erheblichen Geschäfts- und institutionellen Interessen zu schützen. Genau in diesem Moment trat es auf der politischen Bühne auf, verdrängte seinen Rivalen (die Milizen des Innenministeriums) von der Bühne, putschte *de facto* und setzte den Präsidenten ab.

Das Elend des Neoliberalismus und die Verschärfung der sozialen Frage

Seit den 1990er Jahren unterwarfen sich alle diese Regimes den neoliberalen Strukturanpassungsprogrammen. Folgen waren u.a. die Liberalisierung des Außenhandels, die Privatisierung von Staatsunternehmen, die Abwertung der

nationalen Währungen, Kürzungen in den sozialen Sicherungssystemen, der massive Ausbau der Sicherheitsapparate und eine restriktive Haushaltspolitik.

Von 2004 bis 2008 verfolgte Ägypten eine neoliberale Strategie, die den Verkauf größerer Teile der ägyptischen Banken an die Meistbietenden zur Folge hatte. Das Ergebnis waren ausländische Bankübernahmen. Spekulatives Geldkapital drang in das Land ein. Ägypten eliminierte die Kontrollen ausländischer Immobilieninvestitionen. Es gab keine Beschränkungen für ausländische Investitionen oder die Rückführung von Gewinnen und auf Dividenden, Kapitalerträge oder Unternehmensanleihen wurden keine Steuern erhoben. Als Folge boomte der Aktienmarkt, die Marktkapitalisierung stieg zwischen 2004 und 2008 auf mehr als das Zwölfwache. Ägypten eliminierte Mindestkapitalanforderungen für Investitionen.

Die Jagd der Banken, Hedge-Fonds oder Private Equity-Fonds nach Profiten hat mehr Armut erzeugt. Mit zunehmender Armut und Korruption verschärfte sich die Brutalität des Regimes. Die Verbindung zwischen Wirtschaftskrise, Spekulation und Korruption kann nirgendwo deutlicher illustriert werden als an der Lebensmittelfrage: „Die Korruption hat zuletzt zugenommen, weil die Preise für Weizen und andere Grundnahrungsmittel emporschnellten“ (Slackman 2008). Die Armut war in Ägypten nach einem Bericht der Weltbank 2004-2005 „wieder fast auf dem gleichen Niveau wie 1995-1996. [...] fast 14 Millionen Menschen konnten ihren grundlegenden Bedarf an Nahrungsmitteln und anderen Lebensmitteln nicht decken“ (ebd.). Zwischen 2005 und 2008 stieg die Armut um fast 20%. Ein Viertel der Bevölkerung lebt unterhalb der Armutsgrenze. Auch das neue Kleinbürgertum wurde seit 2004 hart getroffen durch die Spekulation und die steigenden Immobilienpreise, so dass Eigentums- und Mietwohnungen fast unbezahlbar wurden.

Tausende von ausländischen Unternehmen waren bis zur Krise 2008 im arabischen Raum aktiv. Doch die Unsicherheit (wegen des Einflusses der den Regimes nahe stehenden Clans und Cliques) in Bezug auf die Gewährleistung des Privateigentums wurde von internationalen Akteuren zunehmend als Hemmnis für Investitionen angesehen. Oft begegnen sie institutionellen, politischen und wirtschaftlichen Barrieren (Schwächen des Bankensektors und der Bürokratie, prekäre Rechtslage, Korruption etc.). Erfolgreiche private Unternehmen in neuen Sektoren ziehen das Interesse von Teilen der Präsidentenfamilien und ihnen nahe stehenden Cliques auf sich. Vor allem wegen ihrer engen Beziehungen zu den regierenden Parteien und der Verwaltung sowie wegen eines leichteren Zugangs zu Krediten haben jene Familienclans eine privilegierte Stellung. Aufgrund dieser engen Verbindung haben sich Monopole in strategischen Sektoren gebildet, die den Zugang für andere interne und internationale Kapitalien enorm erschwerten.

Seit der Wirtschaftskrise 2008 bauten ausländische Banken ihre Kapitalbeteiligungen in arabischen Ländern radikal ab. Durch den weltweiten Abschwung

schrumpften die ausländischen Direktinvestitionen in Ägypten um fast 30% in einem Jahr. Der Wert der ägyptischen Exporte sank im Jahr 2009 um fast 12%. Die Inflation erreichte im Jahr 2008 11,8 Prozent, ausgelöst durch die Spekulation auf Öl- und Nahrungsmittelpreise (El-Ghobashy 2010). In Tunesien hatte die Rezession in der europäischen Automobil- und Textilindustrie Ende 2008 erhebliche Auswirkungen auf die tunesischen Exporte elektronischer Bauteile. Diese gingen deutlich zurück. Große Infrastrukturprojekte kamen zum Stillstand. Gleichzeitig stagnierte der Mindestlohn auf dem Niveau des Jahres 1984 bei gleichzeitig steigenden Preisen (10% Inflation) und zunehmender Arbeitslosigkeit (vgl. Alizadeh/Ohsten 2010).

Seit 2008 hat die Finanzkrise eine vierfache Wirkung gehabt: einen sprunghaften Anstieg der Finanzierungs- und Immobilienpreise, einen Zusammenbruch der Rohstoffpreise einschließlich der Preise für Energie und Nahrungsmittel, einen Mangel an Liquidität, insbesondere an US-Dollars auf den Geldmärkten und einen raschen Rückgang der Exporterlöse. Die Realeinkommen sanken, die Arbeitslosigkeit stieg, die Überweisungen durch MigrantInnen aus den Ländern des Golf-Kooperationsrates waren rückläufig.

Nepotismus und Krisenmomente

Das *Trickle-down* des Neoliberalismus bedeutet nichts anderes als staatliche Korruption. Die Privatisierung unter dem Gewaltmonopol des Staates ist primitive Akkumulation. Das öffentliche Eigentum wird zur Beute von wohlhabenden Eliten, die der Partei und ihrem „Boss“ nahe stehen und die die öffentlichen Unternehmungen zu Dumpingpreisen erhalten. Da politische Verbindungen der sicherste Weg zu astronomischen Gewinnen waren, hatten Geschäftsleute starke Anreize, politische Ämter in den regierenden Parteien zu kaufen. Der Wettbewerb um Sitze in der ägyptischen Volksversammlung und im Konsultativrat fand hauptsächlich innerhalb der NDP statt.

Die regierenden Parteien entfremdeten sich von wichtigen wirtschaftlichen Gruppen, die von der neoliberalen Wirtschaft und der Westbindung profitiert hatten. Die Erosion der Unterstützung unter diesen kritischen Gruppen machte die Parteien verletzlich. Diese Verletzlichkeit machte sich deutlich bemerkbar, als die Proteste eskalierten. Der entscheidende Faktor war die Weigerung der Armeen, zu schießen. Ihre Weigerung signalisierte einen tödlichen Riss im Gerüst der Sicherheitsapparate des Staates. Es existieren keine alternativen Machtzentren, die den Regierungen das Überleben hätten sichern können.

Die Risse innerhalb der NDP und die Antagonismen unter den regierenden und herrschenden Eliten verschärften sich 2010. Ahmed Ezz, Verbündeter von

Gamal Mubarak, verkündete 2010 strenge Regeln für die Kandidatur bei den Parlamentswahlen, u.a. konnten Parteimitglieder, die nicht von der Partei vorgeschlagen wurden, nicht als unabhängige Kandidaten gegen vorgeschlagene Parteikandidaten auftreten. Die neuen Regeln lösten nicht nur Unruhen in der NDP aus, sondern trugen auch dazu bei, dass abgelehnte Kandidaten ihren Anhängern ausdrücklich empfahlen, nicht für die offiziellen Kandidaten der NDP zu stimmen. Sie verursachten Spaltungen innerhalb der Partei und unter manchen reichen Kandidaten, die aufgrund dieser Regeln von der Kandidatur ausgeschlossen wurden (El-Ghobashy 2010).

Die instabile Situation spiegelte sich auch in der Auseinandersetzung über den Nachfolger von Mubarak wider. Große Fraktionen innerhalb des Regimes, vor allem in der Armee und der Bürokratie, waren nicht zufrieden damit, dass Mubaraks Sohn Gamal als Nachfolger vorgesehen war (vgl. Cambanis 2010).

Die Protestbewegungen

Der Sturz des tunesischen Präsidenten Ben Ali am 14.1.2011 verstärkte die Überzeugung in der Region, dass nicht durch vom jeweiligen Regime orchestrierte Wahlen, sondern nur durch außerparlamentarische Proteste und populäre Aufstände die Verhältnisse in den jeweiligen Staaten verändert werden können.

Die Verdichtung der jüngsten Proteste stellt eine Verbindung zwischen den Kämpfen der Arbeiterklasse in den letzten Jahren und neuen Formen der Proteste anderer populären Klassen und Gruppen (des neuen Kleinbürgertums, der Bauern, der Marginalisierten etc.) her. Die geopolitische Verschiebung in den letzten Jahren aufgrund des so genannten Kriegs gegen den Terror hat zu der Eskalation der Proteste beigetragen, da alle Regierungen am neokonservativen Projekt teilnahmen. So entwickelten sich demokratische Bewegungen nicht wegen der US-Intervention, sondern gegen die US-Intervention und die imperialistische Agenda in der Region.

Die Proteste am Tahrir-Platz setzten die Bewegung gegen den Golfkrieg in den frühen 1990er Jahren und gegen die Strukturanpassungsprogramme des IWF in den späten 1990er Jahren fort sowie die Solidaritätsbewegung für die zweite Intifada 2000-2001 und die massiven Antikriegsproteste am 20.-21. März 2003, die in Proteste gegen Mubarak umschlugen. Das „Bündnis des 20. März“, das diese Proteste organisierte, wurde von Linken, Nasseristen und Panarabisten gegründet. Ohne massive Repressalien seitens des Regimes hätte dieses schon damals zusammenbrechen können (vgl. Al-Hamalawy 2003; Howeidy 2002, 2003, 2005b; Harman 2005).

Die gleichen Akteure waren auch die Hauptinitiatoren der Bewegung für Demokratie *Kifāya* (arabisch: „Es reicht“) im September 2004 (Howeidy 2004).

Kifaya entwickelte eine neue Strategie: „Außerhalb des Gesetzes, aber nicht gegen das Gesetz operieren“ (Howeidy 2005b). Diese Strategie öffnete einen Raum für andere Bewegungen und Gruppierungen, im Rahmen dieses Protestmodus zu operieren. In März 2005 setzte das Regime die Gangster und Schläger der NDP sowie Sicherheitsdienste des Innenministeriums in Zivil gegen Proteste von *Kifaya* ein, die sich gegen das Verfassungsreferendum richteten, mit dem der Weg für die Präsidentschaft von Gamal Mubarak geebnet werden sollte. Schon damals kam es zu Angriffen auf Frauen und sexuelle Angriffe als Mittel der Repression. Dies führte zur Gründung der Bewegung „Die Straßen sind unser – Frauen für Demokratie“. Im Juni 2005 und als Folge der Repressalien gegen *Kifaya* und die Frauenbewegung formierten sich diverse Gruppen wie die „Ärzte für Veränderung“, „Journalisten für Veränderung“, „Intellektuelle für Veränderung“ etc. Diese Entwicklung beeinflusste die Muslimbrüder, die sich aus Angst vor Inferiorität und aufgrund von Spaltungsdrohungen an den Straßenprotesten gegen Mubarak beteiligten. Dies gab den Protesten einen erheblichen Schub, da die Muslimbrüder die am besten organisierte und zahlenmäßig stärkste Kraft sind. Diese Lektion war entscheidend für die Erfolge 2011. Die Dynamik im Jahr 2005 war dadurch bedingt, dass *Kifaya* eine neue Taktik der Allianz mit islamistischen Gruppen positiv sanktionierte und somit zu einer Aufhebung der ideologisch zementierten und vom Regime geförderten Dichotomie von säkularen und religiösen Kräften beitrug. *Kifayas* Forderungen von 2004 sind die von 2011 (Howeidy 2005a), aber auch ihre Zusammenarbeit mit der „Jugend für den Wandel“, der „Studentenbewegung des 9. März für unabhängige Universitäten“ etc. bereitete den Boden für die jetzige Entwicklung. Diese muss auch vor dem Hintergrund der Streikwellen von 2005 und 2006-08, dem Kampf für einen Mindestlohn, der Gaza-Solidaritätsbewegung 2008-2009 und schließlich der Proteste gegen Folter und den Wahlbetrug von 2010 gesehen werden (vgl. Gamal 2005; Bein 2005; The Solidarity Center 2010).

Während dieser Zeit lernten AktivistInnen, wie neue Formen des Protests zu entwickeln und wie die nicht-monopolisierten Techniken der neuen Medien zu nutzen sind. Die „Bewegung des 6. April“ begann als *Facebook*-Gruppe und wurde von linksliberalen AktivistInnen im Frühjahr 2008 gegründet, um den Streik am 6. April in el-Mahalla el-Kobra, einer Industriestadt im Nildelta, zu unterstützen. Auf ihrer *Facebook*-Seite ermutigte sie Tausende, zu protestieren und sich dem Streik anzuschließen. Innerhalb weniger Wochen schlossen sich über 100.000 Mitglieder der Gruppe an, die vorwiegend jung und gebildet, aber politisch unerfahren oder bis dato inaktiv waren. Die Blogger „sehen ihre Aufgabe darin, eine direkte Verbindung zu dem herzustellen, was sie ‘die Straße’ nennen, die primär als Raum der staatlichen Repression und der politischen Gewalt, aber auch als Raum der politischen Aktion und des populären Widerstands begriffen wird“ (Hirschkind

2011). Virtuelle Medien sind hier notwendig, da ein alternativer öffentlicher Raum und eine öffentliche Meinungsbildung angesichts der totalen Unterwerfung der institutionalisierten Medien unter das Regime ansonsten undenkbar sind.

In Tunesien sind Demonstrationen gegen die Regierung oft im peripheren Inneren entstanden, ebenso wie die Unruhen, die Ben Ali gestürzt haben. Auch die Revolten in Ägypten und in den anderen Ländern fingen dieses Mal am Rande an. „Die kollektive Wahrnehmung, dass eine Revolution an den Rändern stattfand, wo sie am wenigsten erwartet wurde, gab jedem die notwendige Zuversicht, zu begreifen, dass sie überall stattfinden könnte“ (Bamyeh 2011).

Die Kämpfe der ArbeiterInnen ergaben sich allerdings nicht wegen ihrer Marginalisierung, sondern aus ihrer Zentralität im wirtschaftlichen Entwicklungsprozess der letzten Jahre. Mehrere Freihandelszonen und Ansiedlungen für russische Unternehmen waren aufgebaut worden, China, Brasilien, die Türkei, die zentralasiatischen Republiken und die Emirate am Golf diversifizierten ihre Investitionen. Sie bewegen sich in der verarbeitenden Industrie, in der Informatik, im Bereich der Infrastruktur ebenso wie im Ölsektor und im Immobiliengeschäft. Viele der ArbeiterInnen in der Textilbranche und allgemein in der Akkordarbeit sind Frauen (Amar 2011b). Junge ArbeiterInnen und AktivistInnen aus dem Kleinbürgertum trugen zur Überwindung der Apathie und Passivität in der Gesellschaft bei, zum Verhängnis eines patriarchalisch-kapitalistischen Regimes: Frauen begannen die meisten urbanen Proteste und Streiks. Allein im Jahr 2009 gab es 478 Proteste der ArbeiterInnen und Angestellten (Streiks, Kundgebungen, Sitzblockaden usw.) in allen Sektoren der ägyptischen Wirtschaft.

Die großen Wohnblöcke der Arbeiterklasse am Rande von Kairo oder die Dörfer sind Werkstätten voller Frauen, wo Lederwaren, Spielzeug und Computerteile für den Verkauf in Europa, im Nahen Osten und in der Golfregion gefertigt werden. Diese Heimarbeiterinnen bildeten zusammen mit den FabrikarbeiterInnen die soziale Basis der „Bewegung des 6. April“ (ebd.). Sie waren diejenigen, die die Organisation und die Mobilisierung in Gang gesetzt haben, die zum Aufstand geführt haben, u.a. durch die Verteilung von Zehntausenden Flugblättern in den Slums von Kairo.

Das neoliberale Ägypten hat die Wohlfahrt und die sozialen Leistungen für Arbeiter, Bauern, Arbeitslose und Marginalisierte massiv zurückgeschraubt. An die Stelle von Beschäftigungsprogrammen und der Subvention von Lebensmitteln trat das System der Mikrokredite, das unter dem Motto der Förderung der Selbständigkeit seitens des IWF und der Weltbank institutionalisiert wurde. Die Kredite wurden speziell auf Frauen und Jugendliche zugeschnitten. Da aber diese Eigentumslosen keine Mittel haben, um die Darlehen abzusichern, und somit die Gefahr bestand, dass sie ihre Schulden nicht tilgen können, hat sich das System zu einem massiven Einsatzbereich der Polizei und krimineller Gangs – beide verlan-

gen Bestechungsgelder – entwickelt. Gewalt und der Missbrauch des Strafrechts waren die Mechanismen der Regulierung dieses auf Schuldenlast basierenden wirtschaftlichen Sektors (ebd.). In diesem Zusammenhang hat er sich zu einer organisierten Kraft gegen den Überwachungsstaat entwickelt. Die Akteure dieses Sektors sind die Basis für die große Bewegung gegen die Brutalität der Polizei.

Die große Mehrzahl der Proteste entstand nicht auf Initiative der politischen Parteien, sondern durch selbst organisierte Straßenaktionen von Marginalisierten, entlassenen IndustriearbeiterInnen, verarmten Reis- und Baumwollbauern oder Arbeitslosen aus dem Kleinbürgertum (ebd.). Die kleinformigen Kundgebungen bildeten ein neues Gesicht der popularen Politik. Für die Mehrheit der Bevölkerung, die keine Verbindungen zu den paternalistischen Netzwerken oder anderen Quellen der Macht hat, war die Straße die mediale und die politische Bühne geworden. Die klassischen Instanzen der politischen Vertretung haben ihre Bedeutung längst verloren. Kleine Werkstätten und Geschäfte bilden die sozialen Milieus des neuen Kleinbürgertums und der kleinen Warenproduzentinnen Ägyptens. Dies sind die realen sozialen Räume, die Referenzpunkte der so genannten *Facebook communities*.²

Dabei ist die Spontaneität als Bewegungsform der Proteste ein zweischneidiges Schwert. Auf der einen Seite war Spontaneität notwendig im Sinne einer durch die Situation erzwungenen Bewegungsform (in Bezug auf organisatorische Bedürfnisse, politische Forderungen, Formen der popularen Ausschüsse und Führung, logistische Notwendigkeiten, Formen der politischen Vertretung etc.). „Die Spontaneität war, so scheint es, verantwortlich für die Ausweitung der Ziele des Aufstands, von grundlegenden Reformforderungen am 25. Januar zur Veränderung des gesamten Regimes drei Tage später [...] Aber während die Spontaneität die Revolution mit vielen Elementen ihres Erfolgs versorgte, bedeutete sie auch, dass der Übergang zu einer neuen Ordnung von den existierenden Kräften innerhalb des Regimes und der organisierten Opposition organisiert werden würde, da die Millionen auf den Straßen keine Kraft hatten, die sie hätte repräsentieren können“ (Bamyeh 2011).

Zum Überleben hat die Hydra noch viele Köpfe: Diktatoren sind verschwunden, aber die Diktatur?

Die Spontanität, bisher eine Stärke der popularen Klassen, könnte in den kommenden Monaten zu ihrem Verhängnis werden. In dem Maße, in dem die Bewegung sich von der Straße zu den Korridoren der Macht verlagert, könnte diese Stärke sich

2 Zu den aktuell relevanten politischen Kräften und Parteien vgl. El-Merghani 2011.

in eine Schwäche verwandeln. Rivalitäten unter den verschiedenen Akteuren und Interessenkonflikte zwischen verschiedenen sozialen Gruppen werden auftauchen.

Die Zusammensetzung der protestierenden Kräfte ist inkonsistent. Verschiedene Fraktionen diverser Klassen sind beteiligt und haben unterschiedliche Ziele. Jede Fraktion hat ihre eigenen Vertreter, ihre eigenen Forderungen, ihre eigenen Interessen, ihre eigenen Vorstellungen von den politischen Veränderungen. Diese reichen von kosmetischen Reformen bis zu permanenter Revolution. Der Staat nutzt diese Konflikte, er macht selektive Zugeständnisse, um die Gräben zwischen den Protestierenden zu vertiefen. Diese Taktik wird nicht nur von den imperialistischen Kräften unterstützt, sondern wird auch durch die ideologische, politische und organisatorische Schwäche der populären Klassen und die unzureichende Artikulation von programmatischen und praktischen Schritten für eine radikale Veränderung wirksam. Diese Konstellation stärkt die Seite der Reformen und erschwert die Durchsetzung der strukturellen Forderungen der populären Klassen. Unter einer solchen Konstellation der Machtverhältnisse werden die Forderungen der Volksmassen mit geringfügigen Zugeständnissen unter dem „Dialog“-Tisch weggefegt. Dieses Ergebnis erfüllt die Erwartungen der herrschenden und regierenden Klassen und die Interessen der regionalen und imperialen Mächte.

Der Mangel an effektiver Organisation in vorrevolutionärer Zeit zwingt die Menschen dazu, sich während der revolutionären Ereignisse zu organisieren. Zwar wurden durch die Schlachten in Tunesien und Ägypten von den Menschen Führungen und Nationalräte als alternative autoritative Institutionen geschaffen, um die Revolution zu schützen, doch regierungsfähig und gar einen neuen Staat bildend sind sie noch lange nicht. Das Gerücht, dass die Wirtschaft in Trümmern liegt, könnte die Protestierenden dazu veranlassen, kosmetische Reformen zu akzeptieren und die Strukturen der neoliberalen Technokratie unter der Schirmherrschaft einer zivilen oder militärischen Übergangsregierung intakt zu lassen, und somit konterrevolutionäre Rückschläge fördern.

Seit der Oberste Rat der Streitkräfte unter Tantawi de facto in Ägypten die Macht übernahm, ist er auf konterrevolutionäre Maßnahmen ausgerichtet, die von außergerichtlichen Verhaftungen und Folter, kosmetischen Änderungen einiger Paragraphen der Verfassung bei gleichzeitiger Aufrechterhaltung ihrer Grundsätze, der Einführung von Dekreten zum Verbot von Protesten bis hin zur Zurückhaltung bei der Verfolgung der Täter des Mubarak-Regimes reichen. Die Eliten der Armee, wie die anderen Eliten des Staates, nutzen das Chaos, das Gespenst der Anarchie und Instabilität aus, um die Proteste zum Schweigen zu bringen oder wenigstens zu erreichen, dass sie die Interessen der Armee nicht gefährden.

Sicherlich ist die Armee kein homogener Block, sie ist durchdrungen von Widersprüchen, Interessenkonflikten, unterschiedlichen Einschätzungen der

Situation. Aber die höheren Ränge der Armee sind zu sehr in das Gewebe des Regimes eingebettet und beharren wie andere Nutznießer des Regimes um jeden Preis auf ihrer privilegierten Position. Daher ist es fast undenkbar, dass die Generäle des Obersten Rats der Streitkräfte freiwillig mehr als kosmetische Veränderungen in der politischen Ökonomie Ägyptens zulassen werden.

Die Übergangsverfassung, die nach einer Volksabstimmung am 18. März vom Obersten Rat der Streitkräfte autorisiert wurde und wohl zumindest bis zu den Parlamentswahlen im September 2011 gelten wird, entspricht bis auf einige Änderungen der Verfassung von 1971 und teilt mit ihr alle Mängel. In der neuen Verfassung gibt es keine Beschränkung der präsidentialen Machtbefugnisse. Das Datum der Parlamentswahlen gewährt den neu gebildeten politischen Parteien kaum Zeit, sich gesellschaftlich wie institutionell zu etablieren. Das neue Parteiengesetz reproduziert alte Verbote in neuen Formen – z.B. ist die Bildung von Parteien auf regionaler, religiöser oder Klassengrundlage verboten.

Während der kommenden Monate wird zwar der Ministerrat zusammen mit dem Obersten Rat der Streitkräfte die Entscheidungen treffen, das Militär wird aber alles daran setzen, dass die Macht in den Händen des Präsidenten bleibt, dass die Exekutive mehr Gewicht hat als das Parlament, dass der Präsident nicht nur der Oberbefehlshaber bleibt, sondern dass auch militärische Angelegenheiten inklusive der Wirtschaftsmacht der Armee und ihre milliardenschwere Auslandshilfe – Rente für das Friedenabkommen mit Israel – unter der Prägung des Präsidenten bleiben und dass die *Sicherheitszusammenarbeit* mit dem US-Militär intakt bleibt. Es bleibt abzuwarten, wie die Opposition und die radikalen Elemente der Revolution dagegen vorgehen und wie repräsentativ und demokratisch die Parlaments- und Präsidentschaftswahlen sein werden.

Nicht zu vergessen: Die herrschende Klasse hat die Polizei, die Armee, die Bürokratie, kurz: die Staatsapparate im Allgemeinen zur Verfügung, die populären Klassen brauchen ihre eigenen politischen Instrumente und Institutionen. Der anhaltende Mangel an Organisation und Führung der populären Klassen ermöglicht die Reorganisation der herrschenden Klassen, die die Initiative ergreifen und die alte Ordnung in modifizierten Formen wiederherstellen werden. Desorganisation und Spontaneität der Massen bedeuten daher zugleich einen Mangel an Struktur, den Mangel einer neuen Form des Staates. Dies ist der Grund, warum die konterrevolutionären Kräfte in der Lage sein werden, die alte Struktur in neuer Form wieder aufleben zu lassen: Die Staatsmacht wurde noch nicht radikal in Frage gestellt.

Die gegenwärtige Konstellation basiert freilich auf einem labilen Gleichgewicht der Kräfteverhältnisse. Daher werden unter dem Druck von unten Krisenmomente und Meinungsverschiedenheiten unter den Kräften im Machtblock in Bezug auf das Krisenmanagement und die Frage, wie man auf innenpolitischen Druck

und externe Erwartungen und Zwänge reagieren soll, hervortreten. Die revolutionäre Geschichte ist noch lange nicht vorbei. Revolutionen können scheitern, aber ihre strukturellen Auswirkungen bestehen länger, als es den Herrschenden lieb ist.

Literatur

- Abd El Fatah, Alaa (2011): After Tunisia, in: *The Guardian*, 28.1.2011, <http://www.guardian.co.uk/books/2011/jan/28/after-tunisia-alaab-abd-el-fatah-egypt>.
- Amar, Paul (2011a): Why Mubarak is out, in: *Jadaliyya*, 1.2.2011, <http://www.jadaliyya.com/pages/index/516/why-mubarak-is-out>
- (2011b): Why Egypt's progressives win, in: *Jadaliyya*, 8.2.2011, <http://www.jadaliyya.com/pages/index/586/why-egypts-progressives-win>.
- Alizadeh, Hamid/Ohsten, Frederik (2010): Egypt: The gathering storm, in: *In Defense of Marxism*, 28.10.2010, <http://www.marxist.com/egypt-the-gathering-storm.htm>.
- Bamyeh, Mohammed (2011): The Egyptian revolution: first impressions from the field, *Jadaliyya*, 11.2.2011, http://www.jadaliyya.com/pages/index/561/the-egyptian-revolution_first-impressions-from-the
- Beinin, Joel (2005): Popular social movements and the future of Egyptian politics, in: *Middle East Report Online*, 10.3.2005, <http://www.mafhoum.com/press7/231S24.htm>.
- Cambanis, Thanassis (2010): Succession gives army a stiff test in Egypt, in: *The New York Times*, 11.9.2010, <http://www.nytimes.com/2010/09/12/world/middleeast/12egypt.html>.
- El-Ghobashy, Mona (2010): The Dynamics of Egypt's Elections in: *Middle East Report Online*, 29.9.2010, <http://www.merip.org/mero/mero092910>.
- El-Hamalawy, Hossam (2003): Cairo moves against lefties, in: *Middle East Times*, 15.8.2003.
- El-Merghani, Elhami (2011): Afak' al-intifadha al-masriya wa dowr al-yasar wa al-k'ewa al-tak'dumia (Perspektiven der ägyptischen Intifada und die Rolle der Linken und progressiven Kräfte), in: Al-Hewar al-Mutamaden, 3.2.2011, <http://www.ahewar.org/debat/show.art.asp?aid=244204>.
- Gamal, Wael (2005): Industrial action riding, in: *Al-Abram Weekly*, Issue 733, 10.-16.3.2005.
- Harman, Chris (2005): Egypt. The pressures build up, in: *International Socialism*, Issue 106, Spring 2005, 23-33.
- Hirschkind, Charles (2011): From the blogosphere to the streets. The role of social media in the Egyptian uprising, in: *Jadaliyya*, 5.2.2011, <http://www.jadaliyya.com/pages/contributors/7521>.
- Howeidy, Amira (2002): Solidarity in search for a vision, in: *Al-Abram Weekly*, Issue 581, 11.-17.4.2002, <http://weekly.ahram.org.eg/2002/581/eg4.htm>.
- (2003): A day at 'Hyde Park', in: *Al-Abram Weekly*, Issue 631, 27.3.-2.4.2003, <http://weekly.ahram.org.eg/2003/631/eg8.htm>.
- (2004): Dissent on the fringe, in: *Al-Abram Weekly*, Issue 708, 16.-22.9.2004, <http://weekly.ahram.org.eg/2004/708/eg2.htm>.
- (2005a): A chronology of dissent, in: *Al-Abram Weekly*, Issue 748, 23.-29.6.2005, <http://weekly.ahram.org.eg/2005/748/eg10.htm>.
- (2005b): People here are moving too, in: *Al-Abram Weekly*, Issue 748, 23.-29.6.2005, <http://weekly.ahram.org.eg/2005/748/eg8.htm>.
- Slackman, Michael (2008): Egypt's problem and its challenge: Bread corrupts, in: *The New York Times*, 17.1.2008, <http://www.nytimes.com/2008/01/17/world/africa/17bread.html>
- The Solidarity Center (2010): *The struggle for worker rights in Egypt*, Washington D.C.